



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Hamburg-Nord

Bezirksamt Hamburg-Nord, Postfach 20 17 44, D - 20243 Hamburg

###

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und
Umwelt
Fachamt Bauprüfung

Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 04 - 68 07
Telefax 040 - 4 28 04 - 67 10
E-Mail wbz@hamburg-nord.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 04 - ###
Telefax 040 - 4 28 04 - 67 10

GZ.: N/WBZ/04400/2014
Hamburg, den 30. Juni 2015

Verfahren
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
03.12.2014

Grundstück
Belegenheit
Baublock
Flurstück

403-006
1154 in der Gemarkung: Eppendorf

Neubau eines Gebäudes bei Erhalt der Bestandsfassade mit 33 Mietwohnungen, einer Wohn-Pflege-Gemeinschaft mit 10 Personen, einer Sozialstation mit angeschlossener Tagespflege für ca. 20 Personen sowie der Einrichtung des Kulturhauses Eppendorf im EG

GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.



Öffnungszeiten des Foyers:
Mo, Di 8:00-15:00
Do 8:00-18:00
Fr 8:00-12:00
Beratungstermine nach Vereinbarung

Öffentliche Verkehrsmittel:
Kellinghusenstraße U1, U3
Tarpenbekstraße Bus 22, 39
Julius-Reincke-Stieg Bus 20, 25

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.

Dieser Bescheid schließt ein:

1. Änderung nach § 18 Abs.2 HWG der bestehenden Erlaubnis nach § 18 Abs.1 HWG für die an der östlichen Grundstücksgrenze vorhandene Überfahrt zur Martinistraße entsprechend der beigefügten Anlage zur geänderten Erlaubnis nach § 18 Abs. 1 HWG.

Begründung

Die Überfahrt soll künftig der Anbindung eines im Vorgarten des Gebäudes gelegenen Stellplatzes und als Feuerwehrezufahrt dienen. Sie ist daher entsprechend den geltenden Vorschriften umzubauen.

Nebenbestimmung

Die Überfahrt dient ausschließlich der Anbindung eines Stellplatzes im Vorgarten und als Feuerwehrezufahrt. Der Wirtschaftsverkehr ist zur Gänze über die Tiefgarage abzuwickeln.

2. Sondernutzungserlaubnis nach § 19 Abs. 1 HWG für die Sondernutzung öffentlicher Wegeflächen durch das Aufstellen von 8 Pfosten, die der ständigen Freihaltung der Feuerwehrezufahrt dienen.

Begründung

Die Pfosten dienen der ständigen Freihaltung der Feuerwehrezufahrt.

Nebenbestimmung

Die Erlaubnis ist befristet vom 01.01.2016 bis 31.12.2020 und regelmäßig vom Antragsteller zu verlängern.

3. Genehmigung nach § 8 des Denkmalschutzgesetzes in der geltenden Fassung für die Veränderungen an der Umgebung des Denkmals.

Begründung

Grundsätzlich ist ein Denkmal im Bestand zu erhalten; d.h. dass die Grundstruktur erhalten bleibt, dass von den noch vorhandenen originalen Materialien möglichst viel zu erhalten ist und Schäden werk-, material- und formgerecht repariert werden müssen. Im Einzelfall kann eine fachgerechte Dokumentation erforderlich werden.

Bei dem direkt benachbarten Ensemble Frickestraße 24 a-c und Umfriedung; Frickestraße 26; Martinistraße 40; Martinistraße 42 mit Fatimakapelle und Umfriedung; Schedestraße 2 und Umfriedung; Schedestraße 4 und Umfriedung; Schedestraße 6 und Umfriedung; Schedestraße 16 (Altbau); Schedestraße 18, 20, 22, 24 a-f und Umfriedung an der Tarpenbekstraße; Tarpenbekstraße 31, 31 a-b, Tarpenbekstraße 33 und Umfriedung; jeweils die umgebenden Freiflächen handelt

es sich gemäß § 4 DSchG (Denkmalschutzgesetz vom 05. April 2013 (HmbGVBl S. 142)) um ein geschütztes Denkmalensemble. Gemäß §§ 8, 9, 10, 11 DSchG sind Veränderungen genehmigungspflichtig.

Hinweis

Die Balkone der Wohnungen 74 und 80 in der Traufzone zur Martinistraße sollten entfallen, da sie die Gestaltung der erhaltenswerten Fassade deutlich stören. Die Trennung zwischen Fassade und Dachzone ist architektonisch sehr wichtig, die dort vorgesehenen zwei vorgeschobenen Balkone stören das wichtige durchlaufende Gesims.

4. Ausnahmegenehmigung nach § 4 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung.

Es wird genehmigt, in der Zeit vom 01.10. bis zum 28.02. eines jeden Jahres die gemäß Anlage „Baumfällplan“ mit Fäll-Liste beantragten Bäume:
Nr. 5 Zuckerahorn mehrstämmig, Nr. 6 Vogelkirsche, zu fällen. (Nr. 7 ist bereits genehmigt beim Neubauteil)

Diese Genehmigung ist an die Gültigkeit des Genehmigungsbescheides nach § 62 HBauO gebunden.

Planungsrechtliche Grundlagen

Baustufenplan

Eppendorf

mit den Festsetzungen: Grünfläche mit Gebäuden öffentlicher Art
Baupolizeiverordnung vom 08.06.1938 in der geltenden Fassung

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

| | |
|----------|--|
| 261 / 2 | Lageplan Abstandsflächen |
| 261 / 5 | Grundriss 1.OG |
| 261 / 6 | Grundriss 2.OG |
| 261 / 7 | Grundriss 3.OG |
| 261 / 8 | Grundriss 4.OG |
| 261 / 10 | Querschnitt - S1 |
| 261 / 11 | Querschnitt - S2 |
| 261 / 12 | Querschnitt - S3 |
| 261 / 13 | Längsschnitt - S4 |
| 261 / 16 | Ansicht Frickestraße |
| 261 / 17 | Berechnung / GFZ und GRZ |
| 261 / 18 | Berechnung / BGF und BRI |
| 261 / 21 | Entsorgungskonzept |
| 261 / 22 | Betriebsbeschreibung Kulturhaus |
| 261 / 23 | Betriebsbeschreibung Sozialstation |
| 261 / 24 | Betriebsbeschreibung Hamburgische Brücke |
| 261 / 25 | Konzept Pflegegemeinschaft |
| 261 / 33 | Brandschutzkonzept |
| 261 / 42 | Baumfällplan |

| | |
|----------|------------------------------------|
| 261 / 44 | Anlagenbeschreibung Elektrotechnik |
| 261 / 45 | Schalltechnisches Gutachten |
| 261 / 48 | Lageplan |
| 261 / 49 | Grundriss / Erdgeschoss |
| 261 / 50 | Dachaufsicht |
| 261 / 51 | Ansicht Martinistraße |
| 261 / 52 | Ansicht Innenhof |
| 261 / 55 | Nachweis / Stellplätze |
| 261 / 57 | Lageplan Brandschutz |
| 261 / 58 | Brandschutzplan EG |
| 261 / 59 | Brandschutzplan 1.OG |
| 261 / 60 | Brandschutzplan 2.OG |
| 261 / 61 | Brandschutzplan 3.OG |
| 261 / 62 | Brandschutzplan 4.OG |
| 261 / 63 | Längsschnitt Brandschutz |
| 261 / 64 | Lüftungsgesuch |
| 261 / 73 | Baubeschreibung |

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften

5. Folgende bauordnungsrechtliche Abweichungen werden nach § 69 HBauO zugelassen

- 5.1. für die Überlagerung der Abstandsflächen zu Haus 3 Frickestr. 18 im Bereich des Treppenraumes (4.OG) um ca. 1 m (§ 6 (3) HBauO)
- 5.2. für die nach § 52(1) geforderten barrierefrei zu erreichenden Wohnungen in einem Geschoß des Gebäudes, die nicht in nur einem Geschoß, sondern abweichend, mittels Aufzug erreichbar in verschiedenen Geschossen hergestellt werden (§ 52 (1) HBauO)
- 5.3. für die Türen in den barrierefreien Wohnungen, die statt der lichten Breite von 0,9 m nur eine lichte Breite von 0,8 m entsprechend DIN18040-2 haben (§ 52(4) HBauO)
- 5.4. für den Verzicht auf Ausbildung eines notwendigen Flures im Bereich Tagespflege (ca. 339 m²) im 1.OG (§ 34 (1),(4) HBauO)
- 5.5. für den Verzicht auf Ausbildung notwendiger Flure im Bereich Demenz-WG (ca. 438 m²) im 1.OG (§ 34 1, 4 HBauO)

Bedingung zu 5.4 und 5.5

Zur Kompensation ist die BMA mit Alarmierungseinrichtung entsprechend Brandschutzkonzept vorzusehen (Anforderungen an die BMA siehe Pkt. 10.).

- 5.6. für die Überschreitung der Länge der inneren Brandwand um ca. 10 m (§ 28 (2) HBauO)

Baubeginnvorbehalte (aufschiebende Bedingung)

6. Von der Genehmigung darf erst Gebrauch gemacht werden, wenn nachfolgende Anforderungen erfüllt bzw. Nachweise erbracht und genehmigt sind:
- 6.1. Zum Schutz der Straßenbäume (Baumkataster Nr. 209 und 210 - Linden) in der Martinistraße ist vor Beginn der Erdarbeiten im Kronen- und Wurzelbereich, hinter der Gartenmauer auf Privatgrund, eine Wurzelraumuntersuchung durch eine Baumpflege- Fachfirma durchzuführen. Die Ergebnisse der Wurzeluntersuchung und ggf. erforderliche Maßnahmen zum Schutz der Straßenbäume sind dem Fachbereich Stadtgrün zur Prüfung vorzulegen.
 - 6.2. Ein in Bezug auf den Baumschutz mit der Landschaftsplanung und mit Stadtgrün abgestimmter Baustelleneinrichtungsplan eingereicht und genehmigt ist, der alle für den Schutz der Bäume notwendigen Schutzmaßnahmen beinhaltet. Die Abgrabung an der Kastanie Nr. 4 – für den Saalanbau und die Treppe – ist auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren, um hier so wenig wie möglich Wurzeln kappen zu müssen. Hier ist ein verlorener Verbau direkt an der Mauerlinie vorzusehen.
 - 6.3. Ein (geänderter) mit der Landschaftsplanung abgestimmter Freiflächenplan eingereicht und genehmigt ist. Im Wurzelbereich der Kastanie Nr. 4 sind Veränderungen der Bodenoberfläche nicht zulässig, da diese durchwurzelt ist. Daher ist der im (bisherigen) Freiflächenplan dargestellte neue Böschungsbereich nicht genehmigungsfähig. Die Mauer muss auf das vorhandene Geländeniveau hochgezogen werden, so dass dieses nicht verändert werden muss.
 - 6.4. Eine Fachfirma für Baumpflege beauftragt ist, die während der Bauzeit die Baumschutzmaßnahmen verantwortlich überwacht und die Förderungs- und Erhaltungsmaßnahmen durchführt. Die Beauftragung ist der in der Anlage“ naturschutzrechtliche Anforderungen genannten Dienststelle (Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung) schriftlich mitzuteilen (§36 HmbVwVfG).

Diese Nebenbestimmungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

7. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:
- 7.1. Standsicherheit
 - 7.2. Nachweis des Wärmeschutzes und der Energieeinsparung
 - 7.3. Prüfung der abwasserrechtlichen Belange
 - 7.4. Freiflächenplanung
Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 18 Abs. 2 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.

Verfahrensgrundlage

8. Die Prüfung der Baustelleneinrichtung/ -überfahrt, soweit sie den öffentlichen Grund betrifft, ist nicht Bestandteil dieser Genehmigung. Die dafür erforderlichen Erlaubnisse bzw. Genehmigungen sind vor Baubeginn gesondert zu beantragen.
 - 8.1. Zuständige Dienststelle für die Durchführung der Belange des Tiefbaus:
Kundenzentrum des Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt(WBZ)
Bezirksamtes Hamburg-Nord
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
 - 8.2. Zuständige Dienststelle für die Durchführung der Belange des Stadtgrüns:
Fachamt Management des öffentlichen Raumes – Stadtgrün
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
Tel. 42804 – 6052
 - 8.3. Die aktuellen Öffnungszeiten und mitzubringenden Unterlagen sind beim Telefonischen HamburgService unter der Rufnummer 42828-0 zu erfragen.

Diese Einschränkungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

###

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Formblatt - Mitteilung über die Innutzungnahme

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

2 Anlagen zu wegerechtlichen Erlaubnissen (je 2 Seiten)

Transparenz in HH

Anlage 1 zum Bescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Hamburg-Nord
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg

AUFLAGEN

Brandschutz - Sicherheitsvorkehrungen

Anforderungen (Auflagen und Hinweise) nach § 3 Abs. 1 HBauO aufgrund von § 51 HBauO i.V.m. § 17 HBauO :

9. Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen gegen das geplante Bauvorhaben keine Bedenken, wenn die brandschutztechnischen Maßnahmen entsprechend des Brandschutzkonzeptes vom 30.10.2014 ausgeführt und zusätzlich nachfolgende Punkte umgesetzt werden:
10. Die Einrichtung ist mit einer Brandmeldeanlage (BMA) nach DIN 14675 und DIN VDE 0833 auszustatten.
Die BMA muss mit technischen Maßnahmen zur Vermeidung von Falschalarmen ausgeführt und betrieben werden.

Die Anlage ist von einem anerkannten Sachverständigen vor Inbetriebnahme abzunehmen und wiederkehrend alle 3 Jahre zu prüfen.
Falls keine ständig besetzte Stelle betrieben wird, ist ein Feuerwehrschrüsseldepot A (FSD A) zur sicheren Aufbewahrung eines Generalschlüssels einzubauen. In Verbindung mit dem FSD A wird der Einbau eines Freischaltelementes (FSE) in unmittelbarer Nähe des Schlüsseldepots gefordert. FSD A und FSE müssen den „Richtlinien für mechanische Sicherungseinrichtungen, Schlüsseldepots (SD), Anforderungen an Anlagenteile“ des VdS (VDS 2105, gültige Fassung) entsprechen. Der Erwerb des Schlosses für das FSD A ist nur über den Abschluss einer Vereinbarung A mit der Feuerwehr Hamburg bei der für das Objekt zuständigen Feuer- und Rettungswache Rotherbaum, Sedanstraße 30, 22146 Hamburg, Tel. (040) 42851-1301, Fax 42851-1309, E-Mail WF13@feuerwehr.hamburg.de möglich. Der Standort des FSD A und des FSE ist mit der Feuer- und Rettungswache abzustimmen.

11. An Abzweigungen notwendiger Flure, an den Zugängen zu notwendigen Treppenträumen, an Kreuzungen sowie an Ausgängen der Rettungswege müssen dauerhaft und gut sichtbar Sicherheitszeichen nach DIN 4844 angebracht werden. Die Sicherheitszeichen müssen be- bzw. hinterleuchtet sein.
12. Die Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge der Feuerwehr sind nach der "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" auszuführen und zu kennzeichnen.

13. Türen, die selbstschließend sein müssen, dürfen aus betrieblichen Gründen während der Betriebszeit offengehalten werden, wenn sie Einrichtungen haben, die bei Raucheinwirkung ein selbsttätiges Schließen der Türen bewirken (bauaufsichtlich zugelassene Feststellanlagen oder Freilaufselbstschließer); sie müssen auch von Hand geschlossen werden können .
14. Es ist organisatorische sicherzustellen, dass in den Veranstaltungsräumen nicht mehr als 200 Personen anwesend sind. Ansonsten sind die Räume nach der Versammlungsstättenverordnung zu bewerten und es sind gesonderte Nutzungsanträge nach HBauO für entsprechende Veranstaltungen einzureichen.
15. In vorheriger Abstimmung mit dem Wachführer der zuständigen Feuer- und Rettungswache Rotherbaum, Sedanstraße 30, 22146 Hamburg, Tel. (040) 42851-1301, Fax 42851-1309, E-Mail WF13@feuerwehr.hamburg.de sind die allgemeinen Objektinformationen, ein Übersichtsplan und ggf. ein Umgebungsplan des Objektes gemäß DIN 14095 (Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen) zu erarbeiten und ständig auf dem aktuellen Stand zu halten. Die Pläne sind der zuständigen Feuer- und Rettungswache als PDF-Datei per E-Mail (wf13@feuerwehr.hamburg.de), zur Verfügung zu stellen. Ein Exemplar ist ständig am abgestimmten Platz beim Objekt für die Feuerwehr bereit zu halten.
16. Es ist in Abstimmung mit der zuständigen Feuer- und Rettungswache Rotherbaum, Sedanstraße 30, 22146 Hamburg, Tel. (040) 42851-1301, Fax 42851-1309, E-Mail WF13@feuerwehr.hamburg.de eine Brandschutzordnung Teil A, B und C gemäß DIN 14096 zu erstellen. Der Teil A der Brandschutzordnung muss an geeigneten Stellen gut sichtbar aufgehängt werden. Die Teile B und C der Brandschutzordnung sind jeweils auf dem aktuellen Stand zu halten. Das Betriebspersonal ist im Rahmen der Brandschutzordnung bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach mindestens einmal jährlich zu unterweisen.
17. Der Betreiber hat einen geeigneten Brandschutzbeauftragten und Selbsthilfekräfte für den Brandschutz zu bestellen. Die Aufgaben des Brandschutzbeauftragten sind schriftlich festzulegen. Der Name des Brandschutzbeauftragten ist der Feuerwehr auf Verlangen mitzuteilen. Durch den Objektbetreiber ist personell wie konzeptionell sicherzustellen, dass insbesondere bei Vorhaltung von Evakuierungsmatratzen eine Evakuierung gefährdeter Personen in sichere Bereiche zu jedem Zeitpunkt durchführbar ist.
18. Feuerlöscher nach DIN EN3 müssen gut sichtbar vorgehalten werden. Zur Bemessung von Art und Anzahl der erforderlichen Feuerlöscher ist die Empfehlung des Deutschen Feuerwehrverbandes zur "Ausstattung von Arbeitsstätten mit Feuerlöschern" anzuwenden.
19. Die jeweiligen Auslösestellen von Rauch- und Wärmeabzugsanlagen, Wärmeabzugsflächen oder zur Rauchableitung bzw. Rauchabführung sind mit der zuständigen Feuer- und Rettungswache abzustimmen.
20. Zur Sicherstellung des Objektschutzes ist eine Löschwasserversorgung von mindestens 96 m³/h über den Zeitraum von 2 Stunden erforderlich. Hierzu können Löschwasserentnahmestellen im Umkreis von max. 300 m vom Objekt herangezogen werden. Zur weiteren Information stehen die Hamburger Wasserwerke, Techn. Kundenberatung, Tel. (040) 78 88 0, zur Verfügung.

Technische Gebäudeausrüstung

21. Beim Einbau und dem Betrieb der raumluftechnischen Anlage ist folgende Vorschrift einzuhalten:
Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Lüftungsanlagen-Richtlinie-LüAR) Stand: April 2012 (§ 40 HBauO)
22. Die in den technischen Baubestimmungen - Brandschutz von Leitungsanlagen – vom 26. Januar 2007 (Amtl. Anzeiger Seite 369) Fassung November 2006 festgelegten brandschutztechnischen Anforderungen an elektrische Leitungsanlagen sind zu beachten, und zwar bei der Installation in Treppenträumen und deren Verbindungswegen ins Freie sowie in notwendigen Fluren (Abschnitt 3 der Richtlinien), der Führung von Leitungen durch Wände und Decken, an deren Feuerwiderstand Anforderungen gestellt werden (Abschnitt 4 der Richtlinien) und dem Erhalt der Funktion der Leitungsanlagen von notwendigen Sicherheitseinrichtungen (Abschnitt 5 der Richtlinien) (§§ 3 Abs. 3 und 43a Abs. 1 HBauO)

Folgeeinrichtungen

23. Folgende Fahrradplätze sind erforderlich:
 - 23.1. Es entsteht durch die Nutzung ein Bedarf von 74 Fahrradplätzen (§ 48 Abs. 1 HBauO). Der Bedarf schlüsselt sich folgendermaßen auf (siehe Nachweis Anl. 261/55:
19 Fahrradplätze: Kulturhaus Eppendorf
3 Fahrradplätze: Wohn-Pflegegemeinschaft
12 Fahrradplätze: Hamburgische Brücke
40 Fahrradplätze: Baugemeinschaft Martinis
 - 23.2. Die Fahrradplätze sind wie in den Plänen dargestellt in der TG (Fahrradraum), 12 in der Remise und 22 im Außenbereich vorzuhalten.
24. Folgende Kfz-Stellplätze sind erforderlich:
 - 24.1. Es entsteht durch die Nutzung ein Bedarf von 16 Stellplätzen (§ 48 Abs. 1 HBauO). Der Bedarf schlüsselt sich folgendermaßen auf (siehe Stellplatznachweis Anl. 261/55:
12 Stellplätze: Kulturhaus Eppendorf davon 9 für Besucher
2 Stellplätze: Wohn-Pflegegemeinschaft
2 Stellplätze: Hamburgische Brücke
 - 24.2. Die 7 Stellplätze sind in der TG, die 9 Besucherstellplätze im Außenbereich neben der TG-Zufahrt vorzuhalten.
Desweiteren werden 3 rollstuhlgerechte Stellplätze in der TG für die Baugemeinschaft Martinis in der TG hergestellt.

HINWEISE

25. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).
26. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).
27. Mit der Anzeige über den Nutzungsbeginn sind folgende Unterlagen bei der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen:
 - 27.1. Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 PVO eines behördlich anerkannten Prüfsachverständigen über die jeweils vollständig durchgeführte Prüfung folgender technischer Anlagen und Einrichtungen:
 - Brandmeldeanlage
 - Alarmierungsanlage
 - Lüftungsanlage
 - Starkstromanlage einschl. Sicherheitsstromversorgung
28. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:
"<http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html>".

Anlage 2 zum Bescheid

ABFALLENTSORGUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Stadtreinigung Hamburg
Bullerdeich 19
20537 Hamburg
Telefon: 040-2576 3231

AUFLAGEN

Abfallrechtliche Anforderungen

- Nebenbestimmungen und Hinweise -

29. Vorschriften :
§ 19 Hamburgisches Wegegesetz (HWG), Hamburgisches Abfallwirtschaftsgesetz (HmbAbfG), Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Gewerbeabfallverordnung (GewAbN)
30. Im Bereich des Zuganges und Fahrweges · zu dem Müllraum bzw. Standplatz darf die Neigung für den Transport ab 500 Liter Abfallbehälter 5 % nicht überschreiten. Hinsichtlich der Gebühren sollte die Transportentfernung weniger als 25 m und nicht mehr als 50 m von dem Müllraum bzw. Standplatz bis zur Fahrbahnkante der von dem Sammelfahrzeug nächsten befahrbaren Straße betragen.
Im Übrigen muss der Transportweg mindestens 1,50 m breit, ohne Stufen sein und einen festen, ebenen Bodenbelag erhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, dann müssen die Behälter am Tage der Abfuhr von hauseigenen Kräften bis 6.00 Uhr morgens so auf einem Bereitstellplatz auf Privatgrund platziert werden, dass der Verkehr nicht behindert oder gefährdet wird.
Die Behälter wären dann unmittelbar nach der Leerung zu dem Müllraum bzw. Standplatz zurückzubringen (§ 43 HBauO).
31. Am Tage der .Abfuhr muss der Müllraum bzw. Standplatz ab 6.00 Uhr für die Mitarbeiter der Stadtreinigung zugänglich sein. Der Zugang und Fahrweg zu dem Müllraum bzw. Standplatz, insbesondere in der dunklen Jahreszeit, muss beleuchtet und im Winter frei von Eis und Schnee sein (§ 43 HBauO).
32. Hinweise:
Der Antragsteller wird gebeten, bei der Ingebrauchnahme des Gebäudes angemessene Abfallbehälter gemäß Anschluß- und Benutzungspflicht (siehe § 11 (1) in Verbindung mit § 13 Hamburgisches Abfallwirtschaftsgesetz) abzurufen bzw. zu bestellen.

Anlage 3 zum Bescheid

ARBEITNEHMERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Arbeitsschutz
Arbeitnehmerschutz
Billstraße 80
20539 Hamburg
E-Mail: Arbeitnehmerschutz@bgv.hamburg.de

Vorschriften

33. Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage sind das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), das Chemikaliengesetz (ChemG) und die daraus erlassenen Rechtsvorschriften einzuhalten.

Nebenbestimmungen

Allgemein

34. Die Dachausstiege sind als sichere, verschließbare Dachzugänge (z.B. feste Treppe oder mindestens geeignete Einschubleitern) einzurichten. Zu den Aggregaten sind über Dach sichere Wege, ggf. mit ortsfesten Leuchten einzurichten.
Besteht Absturzgefahr, sind Maßnahmen gegen Absturz zu schaffen, hierfür kommen z.B. Geländer, Umwehrungen oder Sekuranten in Frage.
(§ 3a ArbStättV mit Ziffern 1.8 und 2.1 Anhang zur ArbStättV)
Hinweis: Auf die Inhalte und Beispielsammlung der Regel für Arbeitsschutz auf Baustellen „Unterlage für spätere Arbeiten“ (RAB 32) wird verwiesen.
35. Fenster an Bildschirmarbeitsplätzen müssen mit Lichtschutzeinrichtungen gegen Blendwirkung und gegen unmittelbare Einstrahlung versehen sein.
(Ziffern 3.4 (1, 2), 3.5 (2) Anhang zur ArbStättV und § 4 (1) BildscharbV i.V.m. Anhang zur BildScharbV)
36. Fußböden in gleitgefährdeten Arbeitsbereichen sind rutschhemmend zu gestalten.
Entsprechend den Bewertungsgruppen der ASR A1.5/1,2 muss z.B. der Bodenbelag
in den Bereichen
Pflegeraum Tagespflege R 10
Küche/Spülraum Tagespflege R 11
Küche Kulturhaus R 11
den aufgeführten Bewertungsgruppen entsprechen
(§ 3a ArbStättV und Ziff. 1.5 Abs. 2 Anhang zur ArbStättV mit ASR A1.5)

Kulturhaus

37. Die vorgesehene ortsfeste „Hebebühne für Rollstuhlfahrer“ muss als Arbeitsmittel/ „Maschine zum Heben von Personen/Behindertenaufzug“ alle aktuellen Anforderungen der Maschinenrichtlinie hinsichtlich Sicherheitsanforderungen, Konformitätserklärung und CE Zeichen, sowie Bedienungsanleitung erfüllen. Im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung sind geeignete Maßnahmen zur Gefährdungsminimierung festzulegen und durchzuführen, insbesondere muss verhindert werden, dass Personen abstürzen können, angefahren oder durch Scher- oder Einzugsstellen gefährdet werden.
Die Hebebühne muss gem. § 10 BetrSichV nach Montage vor Inbetriebnahme durch eine befähigte Person geprüft werden.
(Geräte- und Produktsicherheitsgesetz –GPSG i.V.m. Abschnitt 2 Betriebssicherheitsverordnung – BetrSichV-).
Hinweis: Zusätzlich wird im Zusammenhang mit Publikumsverkehr auf die sogenannte Verkehrssicherungspflicht hingewiesen.
38. Die Absturzkante der Bühne ist augenfällig zu markieren, z.B. durch Leuchtband aus lang nachleuchtendem Material
(§ 6 Abs. 2 Unfallverhütungsvorschrift „Veranstaltungs- und Produktionsstätten für szenische Darstellung“ GU – V C 1 und Ziffer 2.1 Anhang zur ArbStättV))

Tagespflege

39. Für die Beschäftigten, die im Pflegebad eingesetzt sind, ist wenigstens ein Umkleidebereich getrennt von den Arbeitsplätzen und getrennt vom Pausenraum einzurichten. Hier muss die Möglichkeit zum Ablegen und Abwerfen von kontaminierter Arbeitskleidung/Schutzkleidung eingerichtet sein. (§ 9 (1) Nr. 4 BioStoffV i.V.m. TRBA 250 Ziffern 4.1.8 und 4.2.7)

Wohn-Pflege-Gemeinschaft

40. Für die Pflegekräfte/Beschäftigten in der Wohn-Pflege-Gemeinschaft ist eine Umkleidemöglichkeit mit getrennter Aufbewahrung von Straßenkleidung und Arbeitskleidung einzurichten.
Wird eine Kombination aus Straßenkleidung plus Einweg-Schutzkleidung für entsprechende Arbeiten verwendet, ist mindestens ein Sammelbehälter für benutzte Schutzkleidung in einem separaten Raum aufzustellen.
(§ 6 (2) ArbStättV, § 9 BioStoffV und TRBA 500)
41. Für die Pflegekräfte/Beschäftigten mit einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden ist ein Pausenbereich/Pausenraum einzurichten, der folgenden Kriterien erfüllt:
Er muss zu den Räumen, zu denen üblicherweise auch Bewohner/Klienten/Besucher Zutritt haben, baulich vollständig abgeteilt sein und über eine Sichtverbindung nach außen verfügen.
Der Pausenraum muss innerhalb von 5 Minuten erreichbar sein.
Im Pausenraum müssen Anschlüsse für Einrichtungen zum Anwärmen und zum Kühlen von Speisen und Getränken vorhanden sein.
Im Pausenraum muss der Schutz der Nichtraucher vor Tabakrauch gewährleistet sein.
(§§ 5, 6 ArbStättV, Ziff. 4.2 Anhang zur ArbStättV i.V.m. ASR A4.2; siehe hierzu auch § 4 ArbZG)

42. Fluchtwege und Ausgänge aus der Wohn-/Pflege-Gemeinschaft müssen so beschaffen sein, dass die Beschäftigten sich unverzüglich in Sicherheit bringen und schnell gerettet werden können (§ 4 (4) ArbStättV). Sollten elektrische Türverriegelungssysteme (Vorbeugen der Weglauftendenz) ausgeführt werden, ist die Eignung dieser Systeme vor der ersten Inbetriebnahme durch den Hersteller zu bestätigen. Durch eine befähigte Person ist festzustellen, dass die Verriegelungssysteme ordnungsgemäß eingebaut und funktionsfähig sind (§ 4 ArbSchG, § 4 BetrSichV und §§ 3a, 4 (3, 4) ArbStättV i.V.m. ASR A2.3 Nr. 9 (8)).

Anlage 4 zum Bescheid

DENKMALSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Kulturbehörde
Ämter
Kultur
Große Bleichen 30
20354 Hamburg
E-Mail: Denkmalschutzamt@kb.hamburg.de

HINWEISE

43. Das Denkmalschutzamt und ihre Beauftragten sind gemäß § 25 DSchG berechtigt, Grundstücke zu betreten, Denkmale zu besichtigen und wissenschaftliche Erfassungsmaßnahmen durchzuführen.
44. Bei Nichtbeachtung dieser denkmalrechtlichen Anforderungen kann der Antragsteller mit einem Bußgeld (gemäß § 27 DSchG) belegt werden oder die Genehmigung gemäß § 49 II Nr. 1, 2 Hmb VwVfG widerrufen werden.

Anlage 5 zum Bescheid

IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
Technischer Umweltschutz / Immissionsschutz, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg,
Tel.: 42804-6352, e-Fax.: 4279-04830

Gastronomie:

Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
Gaststättenerlaubnisse, Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg.

AUFLAGEN

45. Immissionsschutzrechtliche Vorschriften
Gesetze: § 22,24 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m.:
Technische Anleitung zum Schutz vor Lärm (TA Lärm) von 1998
Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) von 2002
VDI 2052 (Raumlufttechnische Anlagen für Küchen)
VDI 3895 (Anlagen zum Garen und Wärmebehandeln von Lebensmitteln)
Regelungen zur Ableitung von Abluft aus Tiefgaragen von 1997
LAI-Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen 2012
46. Die geplante Anlage einschließlich aller Nebeneinrichtungen ist so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass gemäß § 22 BImSchG Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind. Die Allgemeinheit und die Nachbarschaft sind weder erheblich zu beeinträchtigen noch erheblich zu belästigen.
Die Anlage ist den Antragsunterlagen entsprechend unter Einbeziehung der im Folgenden genannten Auflagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Jede Änderung, die zu einer Belastung der Umwelt oder zu einer Gesundheitsgefährdung von Menschen führen kann, ist dem Bezirksamt Hamburg-Nord unverzüglich mitzuteilen.
47. Bei der Errichtung der geplanten Tiefgarage sind die „Regelungen zur Ableitung von Abluft aus Tiefgaragen“ von 1997 zu befolgen. Nach den vorliegenden Unterlagen ist dies der Fall.
48. Die gesamte Anlage einschließlich aller Nebeneinrichtungen sind so zu errichten und zu betreiben, dass durch deren Lärmbeitrag einschließlich des Zu- und Abgangsverkehrs die Immissionsrichtwerte der Technischen Anleitung zum Schutz vor Lärm (TA Lärm) vom 01.11.98 nicht überschritten werden. In den nächstgelegenen Wohngebieten müssen folgende Immissionswerte an den jeweiligen Immissionsorten eingehalten werden:
Tagsüber 55 dB(A), in der Zeit von 06.00 - 22.00 Uhr,
nachts 40 dB(A), in der Zeit von 22.00 - 06.00 Uhr.
49. Im westlich liegenden Klinikgebiet müssen folgende Immissionswerte an den jeweiligen Immissionsorten eingehalten werden:
Tagsüber 45 dB(A), in der Zeit von 06.00 - 22.00 Uhr,
nachts 35 dB(A), in der Zeit von 22.00 - 06.00 Uhr.

50. Kurzzeitige Geräuschspitzen sollen die vorgenannten Immissionsrichtwerte tagsüber um nicht mehr als 30 dB(A) und nachts um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.
51. In direkt angrenzenden Wohn- und Aufenthaltsräumen sind Immissionswerte tagsüber von 35 und nachts von 25 dB(A) einzuhalten. Kurzzeitige Geräuschspitzen sollen diese um nicht mehr 10 dB(A) überschreiten.
52. Bei Geräuscheinwirkungen in der Zeit von 06.00-07.00 Uhr und von 20.00-22.00 Uhr werktags sowie an Sonn- und Feiertagen von 06.00-09.00, 13.00-15.00 und 20.00-22.00 Uhr wird die erhöhte Störwirkung durch einen Zuschlag von 6 dB(A) bewertet.
53. Auf den Nachweis zur Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm wird vorbehaltlich verzichtet, solange der Betrieb der gewerblichen Nutzungen auf die in den Betriebsbeschreibungen angegebenen Zeiträume beschränkt bleibt und keine Beschwerden aus benachbarten oder der geplanten Wohnnutzung eingehen (sh. Hinweise).
54. In der geplanten gastronomischen Einrichtung sind über allen ggf. Koch-, Brat-, Grillgeräten etc. Wrasenabzüge anzubringen, sofern diese nicht in den Geräten installiert sind. Bei Auslegung und Installation der Abluftanlagen sind die Anforderungen der VDI-Richtlinien 2052 und 3895 in den aktuellen Fassungen zu beachten. Türen und Fenster sind während der Betriebszeiten geschlossen zu halten.
55. Die entstehende geruchsbeladene Abluft ist mit Fortluftkanal über Dach in den freien Luftstrom abzuleiten. Die Höhe der Austrittsöffnung für die Küchenabluft wird gemäß VDI 2052 auf mindestens 1 m über Oberkante der im Umkreis von 10 m befindlichen Lüftungsöffnungen (Fenster, Türen etc.) des gleichen Gebäudes und benachbarter Gebäude festgelegt. Ist die Überdachführung in Ausnahmen nicht wirksam bzw. nicht möglich, sind gleichwertige Maßnahmen (z.B. Einbau von GeruchsfILTER) zu ergreifen. Die Abluftgeschwindigkeit am Schachtaustritt muss mindestens 7 m/s senkrecht nach oben betragen. Der Schacht ist mit einer Deflektorhaube zu versehen (keine Regenhaube!).
56. Bei Einrichtung von Außenbeleuchtungsanlagen sind die Hinweise der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen in der aktuellen Fassung von 2012 zu beachten.

HINWEISE

57. Nach § 24 BImSchG besteht auch nach Erteilung der Genehmigung die Möglichkeit, Anordnungen zu treffen, sofern festgestellt wird, dass die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen wie Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist.
58. Die Einhaltung der Anforderungen nach der Technischen Baubestimmung Lärmschutz im Hochbau – DIN 4109 – hinsichtlich Lärmübertragung im Gebäude (Luft- und Trittschallschutz) ist bei Lärmbeschwerden nachzuweisen.

Anlage 6 zum Bescheid

NATURSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Fachamt Management des öffentlichen Raumes
Stadtgrün
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
Tel.-Nr.: 040 - 428046052
Fax.-Nr.: 040 - 42804 - 6704

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
Tel.-Nr.: 040 - 4 28 046008
Fax.-Nr.: 040 - 427904959

Vorschriften:

59. Das Vorhaben ist nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften auszuführen. Insbesondere sind zu beachten:
- die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes und des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (HmbBNatSchAG)
 - die Vorschriften der aufgrund der Naturschutzgesetze erlassenen echtvorschriften, insb. der Baumschutzverordnung (BaumschVO)
 - die allgemein anerkannten Regeln der Technik, z.B. DIN 18920 zum Gehölzschutz

AUFLAGEN

Auflagen zum Baumschutz (§ 14 (4) HBauO)

60. Die Baumfällung ist fachgerecht ohne Beschädigung der zu erhaltenden Bäume durchzuführen.
61. Die zu erhaltenden Bäume im Umfeld des Baugeschehens sind fachgerecht vor baubedingten Beeinträchtigungen zu schützen. Die Schutzzone muss dem Kronenbereich entsprechen. Innerhalb dieses Bereiches dürfen weder Niveauveränderungen vorgenommen, Materialien gelagert noch Maschinen abgestellt (§ 14 Abs. 4 HBauO) und auch dauerhaft keine Bodenbefestigungen aufgebracht werden.
62. Einbauten für die Freiflächennutzung sind im Bereich von Baumwurzeln sehr vorsichtig und schonend einzubringen.

Auflagen zum Bauersatz (§ 36 HmbVwVfG)

63. Als Ersatz für die Bäume sind die vorgesehenen 6 Zierbirnbäume mit einem Stammumfang von mind. 20-25 cm fachgerecht zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.
64. Die Ersatzpflanzungen sind spätestens bis 15. April des auf die Fertigstellung des Bauvorhabens folgenden Jahres durchzuführen.
65. Die Durchführung der Ersatzpflanzung ist der o. g. Dienststelle durch Vorlage des Lieferscheins oder der Rechnung der Gehölze bis spätestens 2 Wochen nach der Frist zur Erfüllung der Auflagen nachzuweisen.

Sonstige Auflagen

66. Das Dach des Saalanbaus ist zu mind. einem Drittel zu begrünen.

HINWEISE

67. Die entlang der Martinistraße verlaufende Gartenmauer soll saniert und in die Gestaltung des Vorgartens ("Terrassengarten") einbezogen werden. In geringem Abstand von ca. 2,50 m vor der Mauer stehen entlang der Martinistraße zwei alte Linden (Pflanzjahr 1902). Eine Ostbesichtigung lässt vermuten, dass die Wurzeln die Gartenmauer teilweise unterlaufen haben und sich im Vorgartenbereich des "Altbau Bethanien" ausgebreitet haben. Aus der Freiflächenplanung wird deutlich, dass im Kronen- und Wurzelbereich insbesondere der 2. Linde die Mauer unterbrochen und ein Zugang sowie Fahrradstellplätze im Kronen- und Wurzelbereich geplant sind. Das vorhandene Gelände soll hier ca. 85 cm abgegraben werden (siehe Baubeginnvorbehalte Pkt. 6.1).

Anlage 7 zum Bescheid

WEGERECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Hamburg-Nord
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Management des öffentlichen Raumes
Kümmellstraße 6
20249 Hamburg
E-Mail: MR@hamburg-nord.hamburg.de

AUFLAGEN

68. Das Vorhaben ist nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften auszuführen. Insbesondere sind zu beachten:
die Vorschriften des Hamburgischen Wegegesetzes (HWG)
die Vorschriften der aufgrund des HWG erlassenen Rechtsvorschriften
69. Stauraum und Wartepositionen für die Personentransporter der Tagespflege sind auf Privatgrund zu schaffen. Die öffentlichen Verkehrsflächen stehen hierfür nicht zur Verfügung.
70. Der Hol- und Bringeverkehr der Tagespflege ist so zu organisieren, dass die hierfür genutzten Personentransporter nicht auf der Überfahrt stehen oder dem Gehweg stehen und dadurch den Fußgänger- und Radverkehr behindern oder blockieren und so verkehrsgefährdende Situationen hervorrufen.
71. Der Wirtschaftsverkehr ist über die Tiefgarage abzuwickeln.
72. Der Bauherr hat Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten. Insbesondere ist eine Behinderung bzw. Gefährdung des Fußgängerverkehrs zu vermeiden.
73. Der Anschluss des Grundstückes an den öffentlichen Grund ist so zu gestalten, dass kein Oberflächenwasser auf die Straße abgeleitet wird (§ 23 HWG).
74. Die gärtnerische Gestaltung sämtlicher Außenanlagen ist so vorzunehmen, dass keine Zweige von Bäumen und Sträuchern in einer Höhe unter 2,50 m in den Geh- und Radweg bzw. 4,50 m in die Fahrbahn hineinragen. Hecken sind daher in einem Abstand von 0,40 m zur Grundstücksgrenze zu pflanzen (§ 23 Abs. 5 HWG).

HINWEISE

75. Der Umbau der Überfahrt erfolgt auf Basis der mit diesem Bescheid erteilten Erlaubnis nach § 18 HWG durch die zuständige Dienststelle auf Kosten des Antragstellers.
76. Vorhandene, nicht mehr genutzte Überfahrten werden auf Kosten des Antragstellers vom Fachbereich Tiefbau zurückgebaut.

77. Da es sich bei dem geplanten Gebäude um eine Pflegeeinrichtung handelt, sollte auch im Interesse der Sicherheit der hier betreuten Menschen über eine Wendemöglichkeit für Personentransporter auf dem eigenen Grund nachgedacht werden, um den vor dem Baugrundstück verlaufenden öffentlichen Weg nicht in Rückwärtsfahrt queren zu müssen.

Transparenz in HH

Anlage 8 zum Bescheid

WOHN- UND BETREUUNGSFORMENRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit
Fachamt Gesundheit
Eppendorfer Landstraße 59
20249 Hamburg
Tel.-Nr.: 040 - 428042212
Tel.-Nr.: 040 - 428042214
Fax.-Nr.: 040 - 42790 - 4008
E-Mail:Wohn-Pflege-Aufsicht@Hamburg-Nord.hamburg.de

AUFLAGEN

78. Bei Planung Bau- und Betrieb sind die Anforderungen der Hamburgischen WBBauVo zu beachten.

HINWEISE

79. Sollte sich das Nutzungskonzept ändern, muss eine erneute Prüfung durch die Wohn-Pflege-Aufsicht erfolgen.
80. Bezüglich des Baugenehmigungsverfahrens nach § 62 HBauO mit dem GZ: N/WBZ/04400/2014 ist festzustellen, dass es sich bei der geplanten Baumaßnahme um kein Servicewohnen im Sinne des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz handelt.

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Hamburger Informationsregister veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Informationsregister wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Wohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 4 Vollgeschosse